

DONNERSTAG, 17. DEZEMBER 2015

Thüringer Allgemeine

Das Interview: „Volksgenossen wurden als Wähler gebraucht“

17.12.2015 - 05:27 Uhr

Die Jenaer Historikerin Kristina Meyer sieht die Beschäftigung der SPD mit dem Nationalsozialismus als Gratwanderung zwischen Aufarbeitung und Versöhnung.



Beim Staatsbesuch in der DDR am 19. März 1970 besuchte SPD-Bundeskanzler Willy Brandt (2. v. l.) neben Erfurt auch die Gedenkstätte Buchenwald. Um die NS-Geschichte ging es bei den offiziellen Gesprächen nicht. In seinen Erinnerungen schrieb Brandt: „Was am Verhandlungstisch gesagt, in der Regel vorgelesen wurde, war den Aufwand nicht wert.“ Foto: TA-Archiv

Dr. Meyer, im Zusammenhang mit der NS-Vergangenheit ist oft von Verleugnung und Verdrängung die Rede gewesen. Galt das auch für die SPD?

Schlichtes Verdrängen konnte man der SPD zu keiner Zeit vorwerfen. Allerdings gab es innerparteilich viele heftige Konflikte, wenn es um den Umgang mit der NS-Vergangenheit ging. Einerseits erwarteten die vom NS-Regime Verfolgten in der SPD eine gerechte Aufarbeitung von Schuld und Verbrechen und eine Wiedergutmachung. Andererseits ging es der Partei nach 1945 um Wähler- und Mitgliedergewinnung sowie um Wahlerfolge. Da kam es schon mal vor, dass sich führende SPD-Nachkriegspolitiker, die selbst NS-Verfolgte gewesen waren, mit ehemaligen Generälen der Waffen-SS trafen und bei deren Veranstaltungen auftraten. Auch ein Kanzler Kurt Kiesinger war der SPD als Koalitionspartner gelitten, obwohl er eine NS-Vergangenheit hatte. Solche Widersprüche zu verstehen, war Ziel meiner Forschungsarbeit.

Wie sind solche Widersprüche zu erklären bei einer Partei, die selbst einen hohen Blutzoll im Dritten Reich zahlte?

Da war zum einen der Idealismus der vormaligen NS-Gegner: ihr Glaube daran, die vom Nazismus „Verführten“ und „Irregeleiteten“ für die Demokratie und für die SPD gewinnen zu können. Hinzu kamen Pragmatismus und Machtkalkül: Man brauchte die ehemaligen Volksgenossen als Wählerstimmen. Schließlich war da noch das intensive Bedürfnis der Widerstandskämpfer nach Versöhnung mit der restlichen Gesellschaft.

Wie sehr musste sich die SPD dafür verbiegen?

Die SPD vollführte in den ersten Nachkriegsjahrzehnten eine permanente Gratwanderung zwischen Zugeständnissen an die Mehrheitsbevölkerung und dem Bemühen um eine gerechte Aufarbeitung, mit dem sich die Genossen auch immer wieder gegen die CDU positionierten. In der Wiedergutmachung war die SPD ganz klar das Zugpferd. Ohne ihre Stimmen hätte Kanzler Konrad Adenauer die Gesetze zur Entschädigung der NS-Verfolgten nicht durch den Bundestag gebracht. Gleichwohl hat die SPD Gesetze zur Reintegration ehemaliger Nazis und Mitläufer größtenteils unterstützt, darunter das 131-Gesetz über die Wiedereingliederung der nach dem Krieg entlassenen Angestellten des öffentlichen Dienstes.

Dem Dritten Reich vorausgegangen waren in der Weimarer Republik heftige Kämpfe innerhalb der Arbeiterschaft, vor allem zwischen SPD und KPD. Waren die Sozialdemokraten nach dem Krieg erst einmal kampfes müde?

Von Müdigkeit konnte 1945 erstaunlicherweise keine Rede sein. Zwar waren die Erfahrungen aus der Weimarer Zeit extreme Polarisierung und die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit mit der KPD. Aus ihrer Außenseiterrolle in der NS-Volksgemeinschaft

drängten die Sozialdemokraten nun aber zurück in die Gesellschaft. Viele von ihnen spürten nach dem Krieg ein besonderes Verantwortungsbewusstsein, obwohl sie gerade erst aus Haft oder KZ kamen und gesundheitlich und seelisch geschädigt waren. Kurt Schumacher und anderen Verfolgten sah man die Folgen von vielen Jahren Haft auch an. Trotzdem sprudelten ihre Äußerungen über vor Enthusiasmus, Tatendrang und der Überzeugung, beim demokratischen Neuanfang eine führende Rolle übernehmen zu wollen.

Antikommunismus bremste Aufarbeitung aus

Im Gegensatz zum Thüringer Buchenwald-Überlebenden Hermann Brill, der nach der Befreiung ein breites demokratisches Bündnis anstrebte, lehnte Kurt Schumacher jegliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten kategorisch ab. Inwiefern hat das die NS-Aufarbeitung auch behindert?

Für Schumacher trugen die Kommunisten sowohl durch ihre Verweigerung, mit der SPD zusammenzuarbeiten, als auch durch die Brandmarkung der SPD-Mitglieder als „Sozialfaschisten“ Mitschuld am Untergang der Weimarer Republik. Dieser Antikommunismus der SPD war ein Faktor, der die NS-Aufarbeitung wiederholt durchkreuzte. Immer da, wo die SPD in Gefahr geriet, in die Nähe des Kommunismus oder auch der DDR gerückt zu werden, hat sie sich in Sachen NS-Aufarbeitung Zurückhaltung auferlegt.

Wäre ohne diesen antikommunistischen Reflex mehr Aufarbeitung drin gewesen?

Ich denke schon. Ein Beispiel dafür war Ende der 50er-Jahre eine Ausstellung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) über die „Ungesühnte Nazijustiz“ und die sogenannten NS-„Blutrichter“, die im Westen wieder in Amt und Würden gelangt waren. Die Materialien der Ausstellung kamen aus Ostberlin. Wohl auch deshalb hat die SPD die Ausstellung als unrechtmäßig bezeichnet und sich vom SDS getrennt. Später räumte man ein, dass das ein Fehler war. In den 70ern mehrte sich innerparteiliche Kritik am Unvereinbarkeitsbeschluss von 1948, der es Sozialdemokraten verbot, Mitglied der kommunistisch dominierten Vereinigung der Verfolgten des Nationalsozialismus (VVN) zu sein.

Willy Brandt soll sich Anfang der 60er-Jahre in Geheimverhandlungen mit dem ehemaligen Kommentator der „Nürnberger Gesetze“ und nunmehrigem Kanzleramtschef Hans Globke auf eine Art Schweigeabkommen für den Wahlkampf verständigt haben – Tut ihr uns nichts, tun wir euch nichts? Wie ist das zu erklären bei einem, der wie er selbst aus Widerstand und Exil kam?

Diese Episode ist nicht wirklich belegt. Es gibt dazu nur eine Quelle, einen CIA-Bericht, demzufolge sich Brandt mit Globke getroffen haben soll. Es kann durchaus sein, dass ein Agent die Geschichte erfunden hat – auch um Brandt zu diskreditieren. Ich halte ein solches Treffen aber auch nicht für ausgeschlossen. Die SPD wollte Volkspartei werden, strebte nach Regierungsverantwortung und hin zur Mitte. Auch ihr Kanzlerkandidat suchte nach Ausgleich und „innerer Versöhnung“.

Musste Brandt dafür Verrat an seinen Idealen begehen?

Nein, das kann man ihm nicht vorwerfen. Die Kritik mancher Genossen am Zusammengehen mit der CDU/CSU in einer großen Koalition 1966 wies er allerdings zurück, auch dort, wo es um die NS-Vergangenheit Kiesingers ging. Diskussionen über das einstige Engagement zweier SPD-Minister in der NSDAP hielt er sogar für „lächerlich“.

Wie hielt es der Politiker Brandt mit der Vergangenheitspolitik ?

Ein „Vergangenheitspolitiker“ war er nie. Brandt verkörperte einerseits das Machtstreben der SPD und andererseits das schon erwähnte Versöhnungsbedürfnis. Das kam selbst in seinem Warschauer Kniefall von 1970 zum Ausdruck. Ein „Spiegel“-Redakteur zitierte eine Äußerung Brandts, wonach er nie verstanden habe, wieso sich viele seiner Altersgenossen auf die Seite der Nazis hatten ziehen lassen. Er hoffte immer noch auf einen Brückenschlag, auf eine Versöhnung mit diesem anderen Teil seiner Generation. Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler 1969 merkte man ihm auch Erleichterung darüber an, dass die langjährigen Anfeindungen wegen seiner Exilvergangenheit inzwischen an Bedeutung verloren hatten.

Willy Brandt deutete Begriff Schlusstrich um

Zu dieser Zeit waren die Forderungen nach einem „Schlusstrich“ unter die NS-Vergangenheit im Westen aber immer noch laut...

...wobei Brandt diesen Begriff sehr geschickt umzudeuten wusste. Bis dahin hatte die Forderung nach einem „Schlusstrich“ stets für das von vielen Deutschen ersehnte Ende einer Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen gestanden. Brandt gab dem Begriff nun eine ganze neue Wendung: Es ging ihm um einen Schlusstrich unter die konservative Adenauer-Zeit, aber auch um einen Schlusstrich unter illusorische Hoffnungen auf eine Rückgewinnung der verlorenen „Ostgebiete“. Mit dem Slogan „20 Jahre sind genug“ wollte Brandt den Beginn einer neuen Zeit verkünden und „mehr Demokratie wagen“ – auch im Umgang mit der NS-Vergangenheit.

Bei seiner Fahrt in die DDR 1970 besuchte Brandt neben Erfurt auch die Gedenkstätte Buchenwald bei Weimar. In Warschau fiel er auf die Knie – warum machte er das, wenn er doch eigentlich in die Zukunft blicken wollte?

So sehr sich Brandt nach außen als zukunftsorientierter Politiker gab, so sehr war er nach innen auch jemand, den die NS-Vergangenheit vermutlich jeden Tag in irgendeiner Form umtrieb. Ihm war klar, dass es gerade im Zuge seiner Neuen Ostpolitik galt, ein Zeichen zu setzen, das an die Opfer des NS-Regimes erinnerte. Und dafür hat er in Warschau eine sehr eindrucksvolle Geste gewählt.

Wie ging die SPD mit den Wahlerfolgen der neugegründeten NPD in den Sechziger-jahren um?

Alle demokratischen Parteien müssen sich vorwerfen lassen, dass sie den in den 50er-/60er-Jahren immer noch vorhandenen rechtsradikalen Bodensatz der Gesellschaft nicht ernst genug nahmen. Der Umgang der SPD mit der HIAG war nur ein Beispiel:

Kurt Schumacher hatte Anfang der 50er-Jahre den Kontakt zu dieser Gesinnungsgemeinschaft ehemaliger Waffen-SS-Angehöriger gesucht; Helmut Schmidt traf sich noch bis in die 60er-Jahre hinein mit HIAG-Vertretern – in dem naiven Glauben, diese Leute für die Demokratie und für die SPD gewinnen zu können. Bei HIAG-Veranstaltungen wurde nicht nur die erste Strophe des Deutschlandlieds gesungen, dort wurden auch die NS-Verbrechen regelmäßig relativiert oder gar geleugnet. Wer nicht erkennen wollte, dass es sich bei der HIAG um eine rechtsradikale Organisation handelte, der stand Mitte der 60er-Jahre auch ziemlich ratlos vor dem Phänomen NPD.

1982 musste Helmut Schmidt seinen Kanzler-Stuhl für Helmut Kohl räumen. Der setzte in Sachen Geschichte auf eine „geistig-moralische Wende“ und auf „Normalisierung“ – etwa als er mit Ronald Reagan einen Soldatenfriedhof in Bitburg besuchte. Wie reagierte die SPD darauf?

Zurück in der Oppositionsrolle, hat sich die Partei vom ersten Tag an gegen Kohls Geschichtspolitik gestemmt. Sie tat es im Parlament mit bemerkenswerten Gegenangriffen gegen Kohl und gegen Attacken anderer CDU- und CSU-Politiker, die eine Verwandtschaft von Sozialismus und Nationalsozialismus behaupteten. Anfang der 80er kam in der NS-Aufarbeitung dann einiges in Bewegung, nicht zuletzt durch die Fernsehserie „Holocaust“, die von Millionen Deutschen gesehen wurde. In der SPD führte diese „Renaissance des Geschichtsbewusstseins“ – so nannte es Hans-Jochen Vogel – nicht zuletzt zur Gründung einer Historischen Kommission.

Hat die SPD Kohl unterschätzt?

Zu Beginn seiner Amtszeit hat sie das. Als Kohl während seiner Israelreise 1984 von der „Gnade der späten Geburt“ sprach, war von sozialdemokratischer Seite viel von Peinlichkeit, Trampeligkeit und Provinzialität dieses Kanzlers zu hören, der nicht vorzeigbar sei auf der internationalen Bühne. Da war sicher einiges dran, aber auch die SPD hatte noch einiges aufzuarbeiten – gerade was die Marginalisierung der eigenen Verfolgten seit Ende des Krieges anbelangte. Dies wurde in der Partei jetzt zunehmend selbstkritisch reflektiert.

Inwiefern prägte die Erfahrung mit der NS-Auseinandersetzung nach der Wende den Umgang der SPD mit der DDR?

In der SPD wurde nach 1989/90 viel darüber diskutiert, dass man bestimmte Fehler nicht wiederholen dürfe. Für Brandt schienen die Lehren aus der Bewältigung des ersten Unrechtssystems einfach: Nur auf der Basis einer umfassenden juristischen Aufarbeitung könne es eine politisch-moralische Bereinigung und eine innere Versöhnung geben. Da war er wieder, der Begriff der Versöhnung, nun bezogen auf die DDR.

Aufarbeitung der DDR braucht noch Zeit

Hat das aus Ihrer Sicht als Historikerin funktioniert?

Wir sind gerade im 25. Jahr nach der Einheit. 25 Jahre nach Kriegsende schrieb man das Jahr 1970. Da fiel Brandt gerade auf die Knie; viele Aspekte der NS-Vergangenheit waren zu dieser Zeit noch nicht aufgearbeitet, vor allem mit Blick auf die Opfer. Bei aller Kritik an der DDR-Aufarbeitung scheint es doch auch nicht erstaunlich, dass viele Themen und Diskussionen noch Zeit brauchen, dass manche Fragen erstmals oder auch neu gestellt werden müssen.

Sehen Sie das Thema Diktaturaufarbeitung bei der linksgeführten Thüringer Regierung mit SPD-Beteiligung in guten Händen?

Ich habe da ein gutes Gefühl. Meines Erachtens geht Ministerpräsident Bodo Ramelow in geschichtspolitischen Fragen engagiert und weitgehend ohne politisches Kalkül vor. Ich traue ihm zu, dass er sich in punkto SED-Vergangenheit sogar von Zwängen innerhalb seiner eigenen Partei freimachen kann. Das Zugpferd ist da aber Ramelow und nicht die SPD.

Hanno Müller / 17.12.15 / TA

ZOR0012730273